

News 2.4.2000

Tschekisten" lautete der Ehrentitel von Funktionären und Spionen des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der Tradition der kommunistischen Geheimdienste NKWD und Tscheka. Doren Wüten in den 20er- und 30er-Jahren waren in der UdSSR mehrere Millionen Menschen zum Opfer gefallen. „Tschekistich“ nannte das MfS Aktionen gegen Westdeutschland, wenn sich die Maßnahme durch besondere Niederracht auszeichnete. Letzten Mittwoch forderte der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Rezzo Schlauch, Stasi-Materialien der deutschen TSCHEKA für die Verfolgung von Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl zu nutzen. Der wichtigste Gegenspieler jener, die den Westen 40 Jahre demunziert, verraten und verfolgt haben, soll mit dem Auswurf dieser Berufs-Veräter beschmutzt werden. Rezzo Schlauch muss den Verstand verloren haben.

Die langen Jahre des Schlamms. Schon 1961 - in Jerusalem findet unter weltweiter Beachtung der Eichmann-

Prozess statt - tauchen in Köln, Mainz, München und Duisburg Flugblätter mit antijüdischer Hetze auf. Diese Vorgänge führten zu internationalen Demonstrationen gegen Westdeutschland. Was damals niemand wusste: Die Flugblätter waren vom Ministerium für Staatsicherheit verfasst und platziert worden („Aktion Vergissmeinnicht“), wie eine Dokumentation der Cauck-Behörde von 1993 ergab.

Im Jahr 1968 veröffentlichte der „Stern“ schwere Angriffe gegen Bundespräsident Heinrich Lübke als „KZ-Baumeister“. Heute ist bekannt: Die vom „Stern“ veröffentlichten KZ-Baupläne stammten ausnahmslos vom MfS. Bei den Unterschriften Lübkes auf diesen Bauplänen handelte es sich um Stasi-Fälschungen, die nachträglich auf die Pläne fabriziert worden waren.

Vier Jahre später, am

27.4.1972 verlor der CDU-Kandidat Dr. Barzel das konstruktive Misstrauensvotum gegen die Regierung Brandt/Scheel trotz vorheriger zahlenmäßiger Überlegenheit. Aus einer Dokumentation der ehemaligen Stasi-Offiziere Günter Bohnsack und Herbert Brehmer geht hervor, dass die Tüder des versuchten Raketenanschlags auf die Karlshofer Bundesanwaltschaft, und der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz



Von Peter Gauweiler

für DM 50.000 vom SED-Regime gekauft worden war und deshalb gegen Barzel stimmte. In den 70er-Jahren erschlert Westdeutschland das Auftreten der „Rote Armee Fraktion“, deren Mitglieder wie unter

Der Vorsatz zum Bösen

einer Tarnkappe agierten konnten. Heute ist bekannt, dass die DDR den westdeutschen Terroristen Rückzugsmöglichkeiten und doppelte Identitäten verschaffte. Es handelte sich um die Mörder von Jürgen Ponto, Ernst Zimmermann, Siegfried Buback, Hanns-Martin Schleyer sowie die Täter des versuchten Raketenanschlags auf die Karlshofer Bundesanwaltschaft, und der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz.

1981/82 kam die Flick-Partei- spenden-Affäre ins Rollen, bei der es zunächst darum ging, ob Friedrich Karl Flick einen Buchgewinn aus dem Verkauf eines Daimler-Benz-Aktienpakets versteuern müsste. Schließlich wurde die Presse auf Parteispenden aufmerksam gemacht, welche der Vize-Chef des Bonner Flick-Büros Adolf Kanter zahlreichen Politikern als „Spezialbriefe“ gegeben haben sollte. Heute ist bekannt, dass Kanter von 1960 bis 1989 als Stasi-Spitzel für Ostberlin gearbeitet hat. Ende 1983 wurde der Bundeswehrgeneral Kießling von Bundesverteidigungsminister Wörner entlassen, weil ihm

von der Leitung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) Vorwürfe im privaten Bereich angelastet worden waren. Tatsächlich wurde der General zu Unrecht verdächtigt, was die Reputation des Bundesverteidigungsministeriums auf Jahre beschädigte. Im Oktober 1980 berichtete die Deutsche Presseagentur, dass der zuständige stellvertretende Chef des MAD, Oberst Joachim Kruse, welcher die Affäre angezettelt hatte, zehn Jahre lang Mitarbeiter im Außendienst der MfS war. Zur völligen Diskreditierung des Ministerpräsidenten Uwe Barschel und der norddeutschen CDU führte die so genannte Barschel-Affäre, die bis heute noch nicht vollständig aufgeklärt ist. Im Frühjahr 1988 präsentierte die Fernseh- sendung „Panorama“ einen Brief Barschels an den damaligen Bundesfinanzminister Stoltenberg, aus dem hervorge-

hen sollte, dass Stoltenberg über geplante Rechtsbrüche Barschels im voraus informiert worden sei. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Werthebach, hat im Oktober 1991 Stoltenberg davon unterrichtet, dass das MfS diesen Brief im April 1988 gefälscht habe, um Stoltenberg persönlich zu diffamieren und Unfrieden in die Reihen der CDU hineinzutragen. Dieses sind nur Auszüge. Normalerweise ist dem Wirken einer Vertriebsorganisation im Augenblick ihrer Demaskierung ein Ende gesetzt. Zu Rezzo Schlauch nur so viel: Wenn es stimmt, dass die Finanzberater von Helmut Kohl in den 70er-Jahren von der Stasi abgehört worden sind (woran man eigentlich nicht zweifeln kann), müssen diese Finanzberater jedenfalls damals besonders korrekt gewesen sein. Härte sich auch nur der Ansatz einer Diffamierungsschance ergeben, wäre der Vorwurf noch am gleichen Tag mit entsprechender Beigabe in die westdeutsche Presse getragen worden.